

**Pressestelle
des Verwaltungsgerichts
des Saarlandes**



66740 Saarlouis, 23.02.2022

Ansprechpartner:

Verwaltungsgericht:

Herr Schmit: 06831 – 447-116

Herr Schwarz 06831 – 447-110

Telefax: 06831 – 447-163

Informationen auch unter: www.vgds.saarland.de

Geschäfts-Nr.: 1271

Bitte bei allen Schreiben angeben!

Terminvorschau März 2022

Verwaltungsgericht des Saarlandes

Die Liste gibt einen vorläufigen Überblick - vorbehaltlich weiterer Ladungen und möglicher Terminaufhebungen - über die öffentlichen Verhandlungen des Verwaltungsgerichts. Sie ist - gegebenenfalls unter Berücksichtigung von Terminänderungen - auf der Homepage des Verwaltungsgerichts unter www.vgds.saarland.de nachzulesen.

02.03.2022	Sitzungssaal I
<p>09:15 Uhr 6 K 266/19 M. – RA Thönes ./.. Landesverwaltungsamt – Zentrale Ausländerbehörde-</p> <p>Die Kläger, serbische Staatsangehörige begehren die Verlängerung ihrer Aufenthaltserlaubnisse für die Bundesrepublik Deutschland. Streitig in dem Verfahren ist insbesondere die Frage, ob der Lebensunterhalt der Familie sichergestellt ist.</p> <p>10:15 Uhr 6 K 24/20 W. – RA Thönes ./.. Jobcenter im Regionalverband Saarbrücken</p> <p>Beigeladen: Landesverwaltungsamt –Zentrale Ausländerbehörde-</p> <p>Der Beklagte nimmt den Kläger auf Erstattung von Sozialleistungen in Anspruch, die er zwei afghanischen Staatsangehörigen gegenüber erbracht hat. Die Inanspruchnahme erfolgt aufgrund von Verpflichtungserklärungen nach § 68 Abs. 1 AufenthG, die der Kläger gegenüber dem Beigeladenen für die beiden afghanischen Staatsangehörigen abgegeben hat. Mit seiner Klage wendet sich der Kläger gegen seine Heranziehung zu den vom Beklagten geltend gemachten Kosten und beruft sich darauf, dass die beiden afghanischen Staatsangehörigen nicht aufgrund der von ihm abgegebenen Verpflichtungserklärungen in die Bundesrepublik Deutschland eingereist seien, sondern sich bereits zuvor legal im Bundesgebiet aufgehalten hätten.</p>	

--

03.03.2022	Sitzungssaal I
<p>09:15 Uhr 6 K 1805/19 B. – RAe Dr. Neumeier & Nobert ./.. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge</p> <p>Das Verfahren betrifft die Asylklage eines türkischen Staatsangehörigen.</p>	

08.03.2022	Sitzungssaal I
<p>09:00 Uhr 5 K 157/21 S. – RAin Nowall ./.. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge</p> <p>10:00 Uhr 5 K 425/20 K. – RAin Nowall ./.. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge</p> <p>11:00 Uhr 5 K 21/21 N. – Rae Adam und Dahm ./.. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge</p> <p>12:00 Uhr 5 K 1519/20 H. – Rae Dr Neumeier und Nobert ./.. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge</p> <p>Die ab 09:00 Uhr zu verhandelnden Verfahren betreffen Asylklagen afghanischer Staatsangehöriger.</p>	

11.03.2022	Sitzungssaal I
<p>09:00 Uhr 3 K 227/21 A.- RA Eibes ./.. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge</p> <p>09:40 Uhr 3 K 442/21 A.- RAin Nowall ./.. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge</p> <p>10:25 Uhr 3 K 547/21 S. – RA Plischke ./.. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge</p> <p>11:00 Uhr</p>	

3 K 1565/21

K. – RAe Dr. Gallus & Kollegen ./.. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Die ab 09:00 Uhr zu verhandelnden Verfahren betreffen Klagen von Asylbewerbern aus Syrien.

22.03.2022**Sitzungssaal I****10:00 Uhr****1 K 475/20**

M. – RAe Dr. Heinze & Partner ./.. Landesprüfungsamt für Juristen

10:00 Uhr**1 K 529/21**

M. – RAe Dr. Heinze & Partner ./.. Landesprüfungsamt für Juristen

In beiden Verfahren wendet sich der Kläger gegen die Bewertung seiner Prüfungsleistungen im zweiten juristischen Staatsexamen (1. Prüfungsversuch und Wiederholungsprüfung) und begehrt deren Neubewertung.

25.03.2022**Sitzungssaal I****09:00 Uhr****2 K 1915/19**

B. – RAe Dr. Neumeier & Nobert ./.. Ministerium der Justiz

Der Kläger wendet sich mit seiner Klage gegen seine vorzeitige Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit. Im Streit steht insbesondere der Umfang der Suchpflicht des beklagten Dienstherrn nach anderen Verwendungsmöglichkeiten.

10:00 Uhr**2 K 1972/19**

K. – RAe Dr. Sälzer & Gerhard ./.. Landesamt für Zentrale Dienste – Zentrale Beihilfestelle

Der Kläger begehrt von dem Beklagten Beihilfe zu Aufwendungen für ein freiverkäufliches Vitaminpräparat nach einer bariatrischen Operation.

10:40 Uhr**2 K 1867/19**

K. – RA Niederlänger ./.. Ministerium für Bildung und Kultur

Der Kläger wendet sich mit seiner Klage gegen seine dienstliche Beurteilung sowie die Übertragung einer Funktionsstelle an den Beigeladenen.

12:15 Uhr**2 K 1021/18**

S. – RAe Meisterernst, Düsing, Manstetten Partnerschaft mbH ./.. Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz

Der Kläger wendet sich gegen die Einstellung von Leistungen der Unfallfürsorge. Streitig ist das Fortbestehen oder Nachwirken einer Erkrankung aus dem psychiatrischen Formenkreis infolge eines Dienstunfalles.

13:00 Uhr

2 K 1206/19

S. - RAe Meisterernst, Düsing, Manstetten Partnersch mbH ./ Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz

Der Kläger begehrt mit seiner Klage die Verpflichtung des Beklagten, festzustellen, dass eine vorzeitige Versetzung in den Ruhestand durch einen anerkannten Dienstunfall bedingt ist bzw. die gesetzlichen Voraussetzungen dafür vorliegen, ihm über die bisher gewährte Versorgung hinaus ein Unfallruhegehalt zu zahlen. Streitig ist die Ursächlichkeit des Dienstunfalles bzw. der Unfallfolgen für die Ruhestandsversetzung.

30.03.2022

Sitzungssaal I

09:15 Uhr

6 K 1305/19

D. – RA Frische ./ Gemeinde Mettlach

Der Streitgegenstand des Verfahrens ist die Zahlung einer Nutzungsentschädigung für eine Wohnung, in die der Kläger von der beklagten Gemeinde zur Vermeidung drohender Obdachlosigkeit eingewiesen worden war.

10:15 Uhr

6 K 130/20

Y. – RAe Dr. Neumeier & Nobert ./ Landesverwaltungsamt -Zentrale Ausländerbehörde-

Mit ihrer Klage begehrt die Klägerin, eine türkische Staatsangehörige, die Feststellung, dass ihre Aufenthaltserlaubnis für die Bundesrepublik Deutschland nicht erloschen ist. Streitig ist die Frage, ob die Klägerin aus einem seiner Natur nach nicht nur vorübergehenden Grund aus dem Bundesgebiet ausgereist ist.

Verantwortlich: Christoph Schmit